

Bürger können Probleme europäisch lösen

Europa-Union: Neue Art der Beteiligung

WERNE. Eine neue Möglichkeit der Bürger, Einfluss auf die Politik zu nehmen, gibt es seit dem 1. April: die Europäische Bürgerinitiative oder auch „Bürgerbegehren“. Darauf weist Martin Kersting für die Europa-Union hin.

„Nun können die Bürger, wenn mindestens eine Million Unterschriften aus sieben EU-Mitgliedsstaaten zusammenkommen, die Europäischen Institutionen zwingen, sich mit einem bestimmten Thema der Europapolitik zu befassen.“ Gleichzeitig mahnt das Mitglied des Landesvorstands der überparteilichen Europa-Union an, dass die Schwelle für ein erfolgreiches Bürgerbegehren „schon ziemlich hoch ist“.

So ist auch festgelegt, wie viele Unterschriften mindestens aus den beteiligten Ländern kommen müssen. „Um erfolgreich zu sein, muss man sich schon grenzüberschreitend vernetzen,“ stellt Kersting fest. Die Europa-Union könne dabei Unterstützung leisten, wenn ein Problem auf den Nägeln brennt, das europäisch gelöst werden soll.

Aber auch ohne das Instrument des Bürgerbegehrens sieht Kersting Möglichkeiten

der Einflussnahme der Bürger auf Europa. „In meinem mehr als 30-jährigen Engagement für die europäische Idee konnten schon viele Ideen aus der Bevölkerung auf den Weg gebracht werden.“

So habe die Europa-Union gute Kontakte in das Europaparlament, den Bundestag und den Landtag. Auch viele Mitarbeiter europäischer Einrichtungen seien ihm bekannt. Und so sieht er sich auch selbst „als Ansprechpartner und Mittler für Vorschläge und Anregungen an die Europapolitik“.

Für die, die sich näher mit dem Instrument „Europäische Bürgerinitiative“ beschäftigen wollen, weist Martin Kersting darauf hin, dass die Europäische Kommission im Internet eine Website eingerichtet hat, in der über den genauen Ablauf einer Europäischen Bürgerinitiative informiert wird. Es kann auch die örtliche Europa-Union kontaktiert werden. Kersting ist erreichbar per E-Mail unter martin-kersting@versanet.de

www.citizens-initiative.eu/